

	Anfragen-Nr.	
	AF-0307/2012	

Anfrage

Herr Patrick Wieschke
Vorsitzender der NPD-Stadtratsfraktion

Betreff
Anfrage der NPD-Stadtratsfraktion - Schnelles Internet für Eisenacher Ortsteile - Offerte der Telekom

I. Sachverhalt

Auf der letzten Sitzung des Ortsteilrates Madelungen ist die Frage nach der Glasfaser-Offerte der Telekom (s. TA v. 04.04.12) aufgekommen. Aus vorgeblich wettbewerbsrechtlichen Gründen hat der Oberbürgermeister ein Angebot der Telekom abgelehnt, daß eine Verkabelung von zwei Dritteln des Stadtgebietes vorgesehen haben soll. Die Stadtverwaltung antwortete seinerzeit unter anderem, dass Eisenach einen „guten Ausbaustand“ erreicht hat. Ausgeklammert wurde hier wohl, dass die Glasfaserverkabelung der Telekom schnelle Internetanschlüsse auf dem neuesten Stand ermöglicht hätte. Auf den Internetseiten www.zukunft-breitband.de des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie kann man in Erfahrung bringen, daß eine heute als Standard geltende Leitung mit einer Übertragungsrate von durchschnittlich 6000 Mbit/s in Ortsteilen wie Madelungen, Stregda, Berteroda, Wartha und Göringen bisher nicht möglich ist. Es wurde gemutmaß, daß sich die Telekom noch einmal nach der OB-Wahl am 22.4.12 bei der Stadt mit demselben Angebot melden werde.

II. Fragestellung

Kann das presseöffentlich gewordene Angebot der Telekom den Stadträten zur Verfügung gestellt werden? Wenn Nein, warum? Wenn Ja, bitte anhängen!

1. Mit welchen Mitteln strebt die Stadtverwaltung den weiteren Ausbau des Breitbandnetzes im Stadtgebiet von Eisenach derzeit an und gibt es entsprechende Planungen den bisher benachteiligten Ortsteilen in Zukunft die Nutzung schneller Internetanschlüsse zu ermöglichen?
2. Welche geforderten Hilfestellungen seitens der Stadtverwaltung für den betroffenen Netzanbieter wären wettbewerbsrechtlich zulässig gewesen und welche nicht?
3. Welche eigenen Hilfestellungen kann die Stadt dem Netzanbieter anbieten, damit die Investitionen getätigt werden können?

Herr Patrick Wieschke
Vorsitzender der NPD-Stadtratsfraktion



EISENACH

die WARTBURGSTADT



Stadtverwaltung · Postfach 1462 · 99804 Eisenach

Herr Patrick Wieschke
Vorsitzender der NPD-Stadtratsfraktion

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Datei, unsere Nachricht vom

Datum
25.06.2012

Beantwortung der Anfrage AF-0307/2012

Sehr geehrter Herr Wieschke,

ich beantworte Ihre Anfrage wie folgt:

Der Veröffentlichung in der Tagespresse (TLZ vom 04.04.2012) zur Glasfaser-Offerte der Telekom lag kein Angebot zu Grunde, da es kein Angebot gab und gibt. Es handelte sich hierbei lediglich um die unverbindliche Vorstellung (Voranfrage) eines Vorstandsprojektes der Telekom mit dem die Umsetzungsmöglichkeiten im Bundesgebiet (in mehreren Städten) ermittelt werden sollen. Inhalt der Voranfrage war u. a. die Verlegung von Glasfaserkabel in ausgewählten Gebieten Eisenachs.

Zu 1.:

Gegenwärtig gibt es keine Aktivitäten hinsichtlich des weiteren Ausbaus des Breitbandnetzes im Stadtgebiet Eisenach.

Anmerkung: Der Ausbau des Breitbandnetzes ist keine kommunale Pflichtaufgabe, sondern eine freiwillige Leistung. Die Finanzierung der Schaffung erforderlicher Kompetenzen für diese einmalige Aufgabe ist im Rahmen der freiwilligen Leistungen nicht möglich.

Zu 2.:

U. a. waren folgende Bedingungen für einen Netzausbau Voraussetzung:

- Zur Sicherung der Wirtschaftlichkeit für das betroffene Unternehmen sollten vor Beginn die Ausbaugenehmigungen zum Anschluss von 80% der Immobilieneigentümer im Ausbaubereich vorliegen.
- Des Weiteren bestand das Erfordernis das 10% der späteren Kunden einen Vorvertrag abgeschlossen haben müssen.

Hierzu sollte die Stadtverwaltung umfassende Unterstützung gewährleisten. Diese gewünschte Unterstützung der Stadtverwaltung ist jedoch einem Eingriff in den Wettbewerb gleichzusetzen, da die für die Stadtverwaltung zwingende Verpflichtung zur Gleichbehandlung die Unterstützung, diese allen anderen Unternehmen (Mitbewerbern) ebenfalls hätte zuteil werden müssen. Weitere Hilfeleistungen wie die erforderliche organisatorische Vor- und Nachbereitung (Straßenverkehrsbehörde, Tiefbauamt, ..) würden die Verwaltung zusätzlich in erheblichem Maße in Anspruch nehmen. Insbesondere

angesichts der angespannten finanziellen und personellen Situation ist dies durch Stadtverwaltung nicht leistbar.

Zu 3:

Siehe hierzu Ausführungen zu Punkt 2.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ute Lieske
Bürgermeisterin
i. V. des Oberbürgermeisters

